
Kantonsrat des Kantons Zug
Stefan Moos
Kantonsratspräsidentin
Regierungsgebäude
Seestrasse 2
6300 Zug

Zug, 13. Juli 2025

Postulat von Patrick Rööfli, Jean Luc Mösch, Patrick Iten, Peter Rust, Roger Wiederkehr, Thomas Meierhans, Martin Hausheer und Fabio Iten Betreffend die Erhöhung von Einsprache Hürden bei Baubewilligungsverfahren.

Sehr geehrter Herr Ratspräsident
Lieber Stefan

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, das Planungs- und Baugesetz und seine Verordnung und/oder weitere Gesetze dahingehend zu revidieren, dass bei Baugesuchen die Hürden für Baueinsprachen erhöht werden. Als wirkungsvollste Massnahme soll die Hinterlegung eines mittleren fünfstelligen Geldbetrags in CHF auf ein Sperrkonto vorgesehen werden. Zudem sollen Entschädigungen entrichtet werden. Liegen die Einsprechenden zu Teilen oder im Ganzen im Unrecht sind der Bauherrschaft und den Projektverfassern anteilmässig zu den geschätzten Baukosten Baugesuch gemäss kantonaler Schatzung zu entschädigen. Werden Baugesuche nach Treu und Glauben und nach den gültigen Bauvorschriften eingereicht sind diese bei nachweislichen Verstössen entschädigungsfrei zu halten. Der Regierungsrat ist zudem aufgefordert, weitere Massnahmen zu unterbreiten, um die Hürden für Einsprachen zu erhöhen.

Begründung:

Das bauliche Potenzial ist im Kanton Zug gegeben. Zahlreiche Planungsvorhaben haben ihre Dynamik verloren und werden zugunsten einer rascheren Bewilligungsfähigkeit fortlaufend redimensioniert. Dabei werden Nutzflächen gemäss den Zonenplänen, dem einfachen und ordentlichen Bebauungsplan und gemäss den kantonalen Verdichtungsgebieten nicht vollständig abgeschöpft. Am 1. Juli 2025 publizierte das Bundesamt für Wohnungswesen eine Studie, welches die Gründe des knappen Wohnraums aufzeigt und umschreibt mögliche Massnahmen dagegen. <https://www.bwo.admin.ch/de/einsprachen-und-rekurse> Der Kanton hat alles daran zu setzen, die Erkenntnisse aus den von Steuerzahlenden finanzierten Studie in ihren kantonalen Gesetzen zu implementieren. Zudem hat der Kanton und seine Gerichte Art. 2, Abs. 2 ZGB des offenbaren Missbrauchs eines Rechts zu beachten.

Für die Traktandierung des Postulats danken die Postulanten dem Ratsbüro schon im Voraus.

Freundliche Grüsse
Die Mitte Kanton Zug